

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16214
Mittwoch, 26. Jänner 2022

Köstinger fordert vom Handel faire Preise für Arbeit der Bäuerinnen und Bauern	1
EU-Abgeordnete ziehen aus Green-Deal-Folgenabschätzung unterschiedliche Schlüsse	2
Kieler Rohstoffwert Milch erreichte im Jahr 2021 historischen Höchststand	3
Österreich hatte höchsten Anteil Erneuerbarer an Stromproduktion 2020	4
Österreichs Haushalte werfen pro Jahr Essen um 300 bis 400 Euro weg	5
Klimawandel: Forscher prüfen günstiges Umfeld für Wiederherstellung von Wäldern	6
Agrarausschuss des EU-Parlaments: Norbert Lins behält den Vorsitz	7
IGP und LK Österreich: Pflanzenschutzmittel nur bei seriösen Händlern kaufen	7
Innovative Betriebe mit "Bio-Fuchs" ausgezeichnet	8
Kasachstan hat bis Ende 2021/22 über 4,2 Mio. t Weizen für Exporte	9

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Köstinger fordert vom Handel faire Preise für Arbeit der Bäuerinnen und Bauern

Ab März wird Ombudsstelle im Landwirtschaftsministerium eingerichtet

Wien, 26. Jänner 2022 (aiz.info). - Angesichts des schockierenden Videos aus einer Müllverbrennungsanlage, das Berge von heimischen Fleischprodukten zeigt, und der jüngsten Berichte von Bauern, die von Handelskonzernen preislich unter Druck gesetzt werden, stellt sich Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** einmal mehr an die Seite der Bäuerinnen und Bauern. "Leider sind die gestern veröffentlichten Darstellungen eines steirischen Fleischnunternehmers kein Einzelfall, sondern trauriger Alltag. Sie zeigen, wie Handelskonzerne unsere Bäuerinnen und Bauern unter Druck setzen und so über 500 Landwirte zwischen die Fronten bei Preiskriegen geraten. Darum haben wir das Gesetz gegen unlautere Geschäftspraktiken umgesetzt, das erpresserische Zustände erstmals exekutierbar macht. Außerdem bieten wir ab März allen Betroffenen mit unserer Ombudsstelle kostenlose Hilfe an", erklärt Köstinger.

Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei

"Erpresserische Methoden auf dem Rücken der Bauern und Verarbeiter - das hat mit der schönen Werbeidylle des Handels nichts zu tun. Die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei. Die Handelskonzerne müssen umdenken und endlich das tun, was sie den Konsumentinnen und Konsumenten vorspielen, nämlich die heimische Landwirtschaft und unsere Bauern unterstützen statt auszulisten, wenn sich Lieferanten wehren", betont die Ministerin.

Sie verweist in diesem Zusammenhang auf ein vor Kurzem veröffentlichtes Video, das Berge an wertvollem Fleisch in einer heimischen Müllverbrennungsanlage zeigt. "Dieses Video ist schockierend und macht mich wütend. So endet also die harte Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern - auf einem riesigen Müllberg. Das ist beschämend und absolut zu verurteilen. Gleichzeitig werden hochwertige Lebensmittel mit Rabattschlachten verschleudert, während Bauern immer weniger für ihre Arbeit bekommen. So kann es nicht weitergehen", betont Köstinger.

Ombudsstelle für Bäuerinnen und Bauern

Ab März wird im Landwirtschaftsministerium eine Ombudsstelle eingerichtet, an die sich betroffene Bauern und Lieferanten (auch anonym) wenden können. Damit soll es den kleineren Akteuren einfacher möglich sein, Beschwerde einzureichen, ohne Angst vor Vergeltungsmaßnahmen haben zu müssen - etwa Auslistungen ihrer Produkte im Handel. "Diese Erstanlaufstelle wird unabhängig und weisungsfrei sein. In jährlichen Berichten wird sie über die Anzahl und Arten von unlauteren Praktiken berichten und so zu mehr Transparenz beitragen", erläutert die Ministerin.

Unfaire Geschäftspraktiken im nationalen Recht

Im Jahr 2019 haben das Europäische Parlament und der Rat zum ersten Mal eine europaweite gesetzliche Definition, was unlautere Praktiken entlang der Lebensmittelwertschöpfungskette sind, verabschiedet. Jetzt wurde das im nationalen Recht umgesetzt: Damit gibt es erstmals einen klaren Rechtsrahmen, der auch exekutiert werden kann.

Folgende unfaire Geschäftspraktiken fallen unter den neuen Rechtsrahmen: ein Zahlungsverzug an den Lieferanten über 30 Tage bei verderblichen Waren (über 60 Tage bei anderen Lebensmitteln), kurzfristige Stornierungen von Bestellungen verderblicher Nahrungsmittel sowie die einseitige Änderung der Lieferbedingungen. Auch Zahlungen von Lieferanten, die nicht im Zusammenhang mit dem Verkauf seiner Lebensmittel stehen, dürfen nicht verlangt werden. Als unfaire Geschäftspraktiken gelten auch die Verweigerung eines schriftlichen Vertrages, obwohl dies gewünscht ist, sowie ein rechtswidriger Erwerb oder die Nutzung von Geschäftsgeheimnissen des Lieferanten. Gleiches gilt für das Androhen oder Ergreifen von Vergeltungsmaßnahmen gegen Lieferanten, wenn diese ihr Recht durchsetzen möchten. Wenn aus unsachlichen Gründen schlechtere Konditionen im Vergleich zu Mitbewerbern bei gleichwertiger Leistung gewährt werden, so ist dies ebenfalls im neuen Rechtsrahmen erfasst.

Wenn nicht explizit anders vereinbart, gelten auch diese Praktiken als unlauter: Der Käufer schickt nicht verkaufte Lebensmittel an den Lieferanten zurück, ohne dafür zu bezahlen. Vom Lieferanten wird eine Zahlung dafür verlangt, dass seine Erzeugnisse zum Verkauf angeboten, gelistet oder auf den Markt gebracht werden. Ein weiteres Beispiel: Der Käufer verlangt vom Lieferanten, dass dieser die Kosten für Aktionen und Preisnachlässe oder für die Werbemaßnahmen des Käufers zahlt.
(Schluss)

EU-Abgeordnete ziehen aus Green-Deal-Folgenabschätzung unterschiedliche Schlüsse

Wissenschaftler errechneten geringere Erträge und mehr Importe

Brüssel, 26. Jänner 2022 (aiz.info). - Die niederländische Universität Wageningen stellte im Europaparlament ihre Folgenabschätzung der Farm to Fork-Strategie vor. Daraus geht hervor, dass die Erträge für Weizen, Raps und Zuckerrüben in Deutschland um 15% sinken werden. Noch stärker werden sich eine Halbierung von gefährlichen Pflanzenschutzmitteln und 20% weniger Düngemittel auf Spezialkulturen auswirken, berichtete **Roel Jongeneel** von der Universität Wageningen. Für Hopfen in Deutschland errechneten die Wissenschaftler einen Ertragsrückgang von 26% bis 2030. Folglich werde auch weniger Weizen exportiert und Raps verstärkt importiert. Jongeneel warnte vor zunehmenden Agrarimporten durch die geplanten Klima- und Umweltauflagen in der EU. Wenn die Drittländer nicht nachziehen, habe die Farm to Fork-Strategie kaum positive Effekte auf Umwelt und Klima in der Welt, sind die Wissenschaftler überzeugt.

"Klimaschutz ja, aber nicht auf dem Rücken der Bauern und vor allem nicht auf Kosten unserer bäuerlichen Familienbetriebe", sagten die Europaabgeordneten des Österreichischen Bauernbundes, **Simone Schmiedtbauer** und **Alexander Bernhuber**. "Mehrere Studien zeigen die schwerwiegenden Folgen für uns Landwirte und die Konsumenten. Dieses Belastungspaket wird von uns in dieser Form nicht unterstützt, es sind dringend Nachbesserungen notwendig", stellten die beiden EU-Abgeordneten klar.

Ziel der EU-Bemühungen müsse die Durchsetzung eines regionalen Ansatzes in der Landwirtschaft sein. "Wenn Tiere von der Aufzucht bis zur Schlachtung in der Heimat sind, ist das dem Tierwohl am zuträglichsten. Wir wollen die Produktion vor Ort stärken, um gesunde, frische Lebensmittel so lokal wie möglich anzubieten. Das ist gut für die Tiere, die Umwelt, die Konsumenten und uns Landwirte",

erklärte Schmiedtbauer, Agrarsprecherin der ÖVP im Europaparlament. Zudem begrüßen Schmiedtbauer und Bernhuber ausdrücklich, dass Frankreich als derzeitiges EU-Vorsitzland unter dem Schlagwort "Spiegelklauseln" in Handelsabkommen eine langjährige Forderung aufgreift, dass Importe von Agrarprodukten dieselben Standards erfüllen müssen wie europäische Erzeugnisse, wenn es um Produktionsbedingungen, Tier- und Umweltschutz geht. "Das oberste Ziel des Green Deals muss die Versorgungssicherheit sein, und wir werden der Kommission genau auf die Finger schauen", so Bernhuber.

"Es ist himmelschreiend"

"Weniger Produktion, höhere Preise, mehr Importe, die Aussagen der Studie sind himmelschreiend", empörte sich die EU-Abgeordnete **Mazaly Aguilar** von den Konservativen aus Spanien. Noch könne verhindert werden, dass aus den Strategien der EU-Kommission Gesetze werden. Die Folgenabschätzung aus Wageningen sei dazu ein notwendiger Weckruf, meinte Aguilar. **Herbert Dorfmann** (Christdemokrat aus Italien) wies auf Möglichkeiten hin, auch ohne Ertragseinbußen auf Agrarchemikalien zu verzichten. Dorfmann sieht Lösungen unter anderem durch neue Züchtungsmethoden und durch die Präzisionslandwirtschaft. **Ulrike Müller** von den Liberalen aus Deutschland zweifelt am Erfolg der Kommissionsstrategien, wenn Ertragseinbußen und verstärkte Importe die Folge sind. "Lediglich eine Verschiebung der Produktion bringt nichts", erklärte Müller und forderte weitere Folgenabschätzungen ein.

Dagegen hält die Kroatian **Biljana Borzan** von den Sozialdemokraten die Studie aus Wageningen für wenig aussagekräftig. Schließlich sei es keine Option, einfach so weiterzumachen. Die Wissenschaftler müssten stattdessen drohende Ertragseinbußen durch den Klimawandel in ihre Rechnung aufnehmen, betonte Borzan, um ein vollständiges Bild abzugeben und Alternativen zur heutigen Lage zu entwickeln. Ablehnend reagiert auch **Tilly Metz** von den Grünen aus Luxemburg auf die Berechnungen aus den Niederlanden. "Seit der Veröffentlichung der Kommissionsstrategien macht die Agrarlobby apokalyptische Prophezeiungen", meinte Metz. Einer Folgenabschätzung, die der Europäische Verband der Pflanzenzüchter (CropLife International) in Auftrag gegeben habe, werde sie deshalb misstrauen. Die Abgeordnete der Grünen wünscht sich eine größere Unabhängigkeit der Landwirte von ihren Vorlieferanten, was ihre Gewinnspanne und ihre Einkommen verbessern würde. (Schluss) mö

Kieler Rohstoffwert Milch erreichte im Jahr 2021 historischen Höchststand

Experten: Mehr Spielraum nach oben für die Erzeugerpreise

Kiel, 26. Jänner 2022 (aiz.info). - Der Kieler Rohstoffwert Milch legte im Dezember 2021 um 2,3 Cent auf 52,4 Cent/kg zu und erreichte damit einen historischen Höchststand. Damit zeichnet sich für die ersten fünf Monate des Jahres 2022 bei den Milcherzeugerpreisen eine deutlich bessere Ausgangslage als vor einem Jahr ab. Der Jahresdurchschnitt des Rohstoffwertes lag 2021 bei 39 Cent/kg und übertraf damit das Vorjahresniveau um 26%, teilt das ife-Institut in Kiel mit. Der Rohstoffwert Milch gilt als wichtiger Frühindikator für die Entwicklung der Erzeugermilchpreise in Deutschland beziehungsweise in der EU.

Der monatlich vom ife-Institut in Kiel ermittelte Rohstoffwert gilt bekanntlich für Standardmilch mit 4,0% Fett und 3,4% Eiweiß ab Hof des Milcherzeugers sowie ohne Mehrwertsteuer. Berechnungsbasis sind die durchschnittlichen Marktpreise für Butter und Magermilchpulver auf Basis der Notierungen der Süddeutschen Butter- und Käsebörsen in Kempten. Der Rohstoffwert gibt also nicht den Auszahlungspreis einer bestimmten Molkerei an, er gilt aber als wichtiger Indikator für die Preisentwicklung bei Standardmilchprodukten und in der Folge auch für die Erzeugermilchpreise.

Rohstoffverknappung lässt Notierungen deutlich ansteigen

Die Kieler Experten führen den starken Anstieg des Rohstoffwertes auf die anhaltend positive Entwicklung der nationalen und weltweiten Notierungen für Butter und Magermilchpulver zurück. Dazu hätten vor allem die spürbare Rohstoffverknappung und Logistikprobleme im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie beigetragen, wird betont.

In Deutschland lag die Milchlieferung von Jänner bis November 2021 um 1,8% unter dem Vorjahresniveau, allein im November wurde ein Minus von 2,9% verzeichnet. In der gesamten EU stagnierte die Milchproduktion in den ersten elf Monaten des Jahres 2021 knapp unter dem Vorjahreswert (-0,2%). Auch wichtige globale Erzeuger und Exporteure wie Australien (-2,4% von Juli bis November) und Neuseeland (-2,9%) meldeten witterungsbedingt rückläufige Milchlieferungen. Die US-Farmer hatten im ersten Halbjahr 2021 die Produktion noch deutlich forciert, im Herbst kam diese Entwicklung zum Stillstand, im November lag die Menge bereits um 0,4% unter dem Vergleichswert des Vorjahres. (Anmerkung: In Österreich wird ein gegenläufiger Trend beobachtet, da wurde im November ein Anlieferungsplus von 3,2% verzeichnet.)

Kostensteigerungen kompensieren höhere Erzeugerpreise

"Trotz dieser für die Milcherzeuger erfreulichen Preisentwicklung bleiben die Erwartungen vieler Bauern hinsichtlich steigender Realeinkommen aufgrund der deutlich erhöhten Produktionskosten noch gedämpft. Auch in der Milchverarbeitung sind die Kosten spürbar gestiegen, sodass nur deutlich und nachhaltig höhere Preise für Milchprodukte die Lage stabilisieren können", geben die Kieler Experten zu bedenken. (Schluss) kam

Österreich hatte höchsten Anteil Erneuerbarer an Stromproduktion 2020

EU-weit lag Wert bei 37%

Luxemburg, 26. Jänner 2022 (aiz.info). - Im Jahr 2020 wurden in der EU 37% des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen, gegenüber 34% im Jahr 2019, teilte Eurostat, das statistische Amt der EU, heute mit. Bei den EU-Mitgliedstaaten hatte Österreich mit 78% den höchsten Anteil erneuerbarer Quellen am Stromverbrauch 2020, dahinter folgte Schweden mit 75%. Mehr als die Hälfte Erneuerbarer am Stromverbrauch wurde für Dänemark (65%), Portugal (58%), Kroatien und Lettland (beide 53%) registriert. Am niedrigsten waren dagegen die Zahlen in Malta (10%), Ungarn und Zypern (beide 12%), Luxemburg (14%) sowie Tschechien (15%).

Wind- und Wasserkraft machten über zwei Drittel der gesamten Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen aus (36 bzw. 33%). Das verbleibende Drittel des Stroms stammte aus Solarenergie (14%), festen Biobrennstoffen (8%) und anderen erneuerbaren Quellen (8%). Solarenergie ist die damit am schnellsten wachsende Quelle, die 2008 laut Eurostat nur 1% des Stromverbrauchs in der EU ausmachte. (Schluss) hub

Österreichs Haushalte werfen pro Jahr Essen um 300 bis 400 Euro weg

OÖ Bauernbund: Lebensmittelverschwendung dauerhaft reduzieren

Linz/Wien, 26. Jänner 2022 (aiz.info). - In der Europäischen Union fallen rund 50% der Nahrungsmittelverluste in den privaten Haushalten an. Jedes Jahr werden entlang der gesamten Wertschöpfungskette etwa 88 Mio. t an Lebensmitteln vernichtet. Das sind 173 kg pro Bürger oder 20% der gesamten EU-Nahrungsmittelproduktion (Quelle: Europäische Umweltagentur). Auch in Österreich landen laut Prüfung des Rechnungshofes jedes Jahr fast 800.000 t vermeidbare Lebensmittelabfälle im Müll. Das sind in etwa 70.000 volle Lkws, mit denen man ein Jahr lang ganz Tirol und Vorarlberg versorgen könnte. Eine Boku-Studie verdeutlicht, dass insbesondere noch genussfähiges Brot und Gebäck (28%), Obst und Gemüse (27%), Milchprodukte und Eier (12%) sowie Fleisch und Fisch (11%) weggeworfen werden. In einem österreichischen Haushalt landen jährlich Lebensmittel im Wert von 300 bis 400 Euro im Müll.

Wegwerfkultur den Kampf ansagen

"Jedes weggeworfene Lebensmittel ist eines zu viel. Alle Bereiche - vom Lebensmittelhandel, der Gastronomie, den öffentlichen Küchen bis zu den Konsumenten - sind einmal mehr aufgerufen, ihrer Wegwerfkultur den Kampf anzusagen", erklärt OÖ Bauernbund-Direktor **Wolfgang Wallner**. Der Bauernbund setzt daher seit Jahren auf Information. "Unsere Bäuerinnen weisen seit Langem auf einen achtsamen Umgang mit Lebensmitteln hin. In Rezeptvorschlägen werden viele Möglichkeiten aufgezeigt, Reste oder kurz vor dem Mindesthaltbarkeitsdatum befindliche Lebensmittel zu schmackhaften Gerichten zu verarbeiten, wobei Produkte, die sich über dem Mindesthaltbarkeitsdatum befinden, noch genießbar sind", berichtet Landesbäuerin **Johanna Haider**.

Verschiedene Möglichkeiten zur Reduktion

"Länder wie Frankreich, Italien, Finnland oder Tschechien versuchen, das Problem mit unterschiedlichen Herangehensweisen in den Griff zu bekommen. In Frankreich etwa müssen Supermärkte mit einer Ladenfläche von mehr als 400 m² selbst Kontakte mit karitativen Verbänden herstellen und Bedingungen für die unentgeltliche Abgabe von Lebensmitteln festlegen. Wird das nicht gemacht, drohen bei einer Anzeige Geldstrafen in der Höhe von bis zu 3.750 Euro pro Vergehen. Außerdem dürfen Supermärkte 60% des Einkaufspreises der gespendeten Lebensmittel von der Steuer absetzen. In Italien drohen bei Vergehen gegen das Gesetz keine Strafen. Hier wird unter anderem mit Steuererleichterungen geworben. Weiters sind Sozialorganisationen für etwaige Mängel an Lebensmitteln nicht haftbar, sofern diese nach bestem Gewissen weitergegeben wurden", erläutert Wallner.

Österreichs Regierung setzt in ihrem Arbeitsprogramm 2020 bis 2024 auf den "Aktionsplan gegen Lebensmittelverschwendung über die gesamte Wertschöpfungskette". "Der Beschluss zur Einrichtung einer nationalen Koordinierungsstelle im Ministerrat vom Juni 2021 ist positiv zu bewerten. Alle relevanten Bereiche - Agrar, Soziales, Gesundheit, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung - können so miteinander verbunden werden. Jetzt ist es wichtig, dass die Koordinierungsstelle den Aktionsplan rasch mit Inhalten füllt und vorstellt. Nur so wird es gelingen, die Lebensmittelverschwendung dauerhaft zu reduzieren. Angesichts der vor Kurzem von Medien veröffentlichten Bilder sollte das ein Gebot der Stunde sein", betont OÖ Bauernbund-Landesobmann **Max Hiegelsberger**. (Schluss)

Klimawandel: Forscher prüfen günstiges Umfeld für Wiederherstellung von Wäldern

Österreichisches Bundesforschungszentrum für Wald beteiligt

Wien, 26. Jänner 2022 (aiz.info). - Der Wiederherstellung von Waldlandschaften in Europa wird sich in den nächsten vier Jahren ein hochkarätiges Konsortium aus 36 Partnern in der EU, unterstützt von 90 regionalen bis internationalen Institutionen, widmen. Ziel ist es, gemeinsam ein günstiges Umfeld für die Wiederherstellung von Waldökosystemen und deren Anpassung an den Klimawandel zu schaffen. Das dazugehörige Projekt SUPERB ("Systemic solutions for upscaling of urgent ecosystem restoration for forest related biodiversity and ecosystem services") des EU-Forschungsrahmenprogramms "Horizon 2020" hat im Dezember 2021 gestartet. Auch das österreichische Bundesforschungszentrum für Wald (BFW) ist daran beteiligt und wird seine Expertise im Bereich Waldbau, Genetik und Naturschutz bei Verjüngungs- und Aufforstungsmaßnahmen einbringen.

In dem Projekt werden neben der Bündelung des Wissens über die ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Faktoren für eine erfolgreiche Wiederherstellung der Wälder und deren Leistungen auch konkrete Restaurationsmaßnahmen umgesetzt, die in zwölf groß angelegten Demonstrationsgebieten in 13 verschiedenen Ländern durchgeführt werden. Diese Gebiete repräsentieren die ganze Vielfalt europäischer Wälder sowie die Stressfaktoren, unter denen diese vor allem durch den Klimawandel stehen.

Durch lange Generationsabfolgen ist dem Ökosystem Wald eine Anpassung an sich ändernde Umweltbedingungen nicht in kurzer Zeit möglich. Um die Umsetzung und Überwachung der Waldrestaurierung effizient zu gestalten, werden im Projekt SUPERB Best-Practice-Leitlinien erstellt und ein europäisches Empfehlungssystem für Baumarten und Saatgutherkunft entwickelt. "Besonders für seltene Arten mit hohem Potenzial im Klimawandel werden neue Transfermodelle für künftige Klimaänderungen integriert", erläutern **Peter Mayer**, Leiter des BFW, und **Silvio Schüler**, Leiter des Instituts für Waldwachstum, Waldbau und Genetik am BFW. (Schluss)

Agrarausschuss des EU-Parlaments: Norbert Lins behält den Vorsitz

Landwirtschaft eine Stimme geben

Brüssel, 26. Jänner 2022 (aiz.info). - Der Europaabgeordnete **Norbert Lins** (CDU) aus Deutschland leitet weiterhin den Agrarausschuss des Europaparlaments. Er wurde bei den turnusmäßigen Wahlen zur Halbzeit der Sitzungsperiode in seinem Amt bestätigt. Lins ist 44 Jahre alt und seit 2014 Abgeordneter des Europaparlaments. Er wurde in Friedrichshafen am Bodensee geboren und erwarb einen Master in "Europäischem Verwaltungsmanagement" an den Fachhochschulen in Ludwigsburg und Kehl. Der Oberschwabe leitete das Büro des Europaabgeordneten Andreas Schwab in Brüssel von 2004 bis 2009 und arbeitete von 2011 bis 2014 als Referent im Landwirtschaftsministerium in Stuttgart. Seit Juli 2014 sitzt Lins im Europaparlament. Jetzt steht er dem Agrarausschuss des EU-Parlaments als dessen Leiter eine weitere zweieinhalbjährige Periode vor.

Es ginge darum, der Landwirtschaft eine Stimme zu geben, erklärte Lins nach seiner Wahl. Die gesellschaftlichen Erwartungen an den Tierschutz sowie den Klima- und Umweltschutz müssten mit den betriebswirtschaftlichen Realitäten in Einklang gebracht werden, fasste der Vorsitzende seine politische Zielrichtung zusammen.

Zu den Vize-Ausschussvorsitzenden wurden der Franzose Benoît Biteau (Grüne), der Rumäne Daniel Buda (Christdemokraten), die Spanierin Mazaly Aguilar (Konservative) und die Finnin Elsi Katainen (Liberale) gewählt. (Schluss) mö

IGP und LK Österreich: Pflanzenschutzmittel nur bei seriösen Händlern kaufen

Plakataktion soll Landwirte für Gefahren illegaler Produkte sensibilisieren

Wien, 26. Jänner 2022 (aiz.info). - Die IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP) und die Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ) starten gemeinsam eine Plakataktion, um die Bäuerinnen und Bauern auch weiterhin zum Kauf zugelassener und damit geprüfter und sicherer Produkte aufzurufen. Gerade in Zeiten, in denen billige Internet-Angebote fraglicher Herkunft und Qualität locken, möchten die beiden Institutionen vor den damit verbundenen Risiken warnen. Insgesamt wurden 1.200 Plakate an Händler in den wichtigsten Anbauregionen Österreichs verteilt. Die IGP und die LKÖ appellieren zudem an die Landwirte, etwaige Verdachtsfälle sofort zu melden.

Stockmar und Lembacher: Nur bei seriösen Händlern kaufen

Pflanzenschutzmittel sind umfassend geprüft, durchlaufen ein mehrstufiges Zulassungsverfahren mit mehr als 100 spezifischen Sicherheitstests und gewährleisten eine sichere Anwendung. Illegale Produkte aus fraglichen Quellen sind oftmals nicht geprüft, stellen damit ein Risiko für Mensch und Umwelt dar und können massive Schäden in der Landwirtschaft verursachen.

"Gefälschte und illegale Produkte können zu Ernteausfällen führen sowie Umweltschäden verursachen. Neben diesen ökonomischen und ökologischen Schäden drohen aber auch hohe

Strafen, enorme Kosten für die Entsorgung sowie Risiken für die eigene Gesundheit und jene der Verbraucher", so **Christian Stockmar**, Obmann der IGP. Er rät zudem, beim Kauf von Pflanzenschutzmitteln genau zu schauen: "Illegale Produkte sind oftmals nur schwer von registrierten Produkten zu unterscheiden. Landwirte sollten daher beim Kauf darauf achten, dass die Etiketten in deutscher Sprache und fest mit der Verpackung verbunden sind sowie unbedingt eine Rechnung mit detaillierten Verkaufsinformationen verlangen", betont Stockmar.

LKÖ-Generalsekretär **Ferdinand Lembacher** warnt vor dem Kauf vermeintlicher Schnäppchen, insbesondere im Internet: "Wir möchten die Bäuerinnen und Bauern dazu aufrufen, weiterhin auf anerkannte Händler mit zugelassenen Produkten zu setzen. Was für Medikamente gilt, sollte auch bei Pflanzenschutzmitteln beachtet werden: Illegale Produkte und deren Inhaltsstoffe sind weder getestet noch zugelassen und keinesfalls sicher. Billig kann somit recht schnell teuer werden bis zur Gefährdung der Existenz. Pflanzenschutzmittel sollten ausschließlich bei seriösen, anerkannten Händlern und Vertriebspartnern erworben werden. Nur dann sind Sicherheit und Wirksamkeit gewährleistet." Lembacher verweist auf die strenge Prüfung von registrierten Pflanzenschutzmitteln, "die hochwirksam, schnell abbaubar sowie bei sachgemäßem Einsatz für Mensch, Tier und Umwelt sicher sind".

Handel mit illegalen Produkten wächst

Hersteller, Behörden, Handel und Landwirtschaft arbeiten seit Jahren intensiv zusammen und setzen gezielt Aktionen gegen den Handel mit illegalen Produkten, insbesondere an den Außengrenzen der EU. Bereits 2015 wurde das Projekt "Silver Axe" gestartet. Im Zuge dessen werden etwa verdächtige Ladungen an Häfen, Flughäfen und Landesgrenzen sowie in Produktions- und Wiederverpackungsbetrieben überprüft, um die Sicherheit der Pflanzenschutzmittel für Anwender und Konsumenten weiterhin zu gewährleisten. (Schluss)

Innovative Betriebe mit "Bio-Fuchs" ausgezeichnet

Siegerprojekt vereint Bio-Gemüseproduktion und artgerechte Bio-Tierhaltung

Wien, 26. Jänner 2022 (aiz.info). - Im Rahmen der Bio Austria-Bauerntage wurde zum dreizehnten Mal der Innovationspreis "Bio-Fuchs" für hervorragende Projekte und Ideen in der Bio-Landwirtschaft vergeben. Als Gewinner wurden die Betriebe "Pur Natur Hof" in Eggersdorf bei Graz (Stmk.) und "Gelawi Jaklhof" in Kainbach bei Graz (Stmk.) gekürt. Die zwei Bio-Betriebe haben das gemeinsame Ziel umgesetzt, gesundes Bio-Gemüse und artgerechte Bio-Tierhaltung zu vereinen. So unterstützen die Freiland Schweine vom "Pur Natur Hof" im Sommer das Team vom "Gelawi Jaklhof" beim Gemüseanbau. Sie befreien die Flächen von unerwünschten Wurzelbeikräutern, lockern die Erde auf und bereiten so alles für den nächsten Anbau vor. Im Herbst geht es wieder zurück nach Hause in ihr Gehege. Eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. Nachahmen lohnt sich, findet die Jury.

Der zweite Platz ging an den Bio-Hof "Ibertsberger" aus Seekirchen (Sbg.). Auf dem Betrieb wurde ein neuer Laufstall mit Tiefstroh für die Milchkühe gebaut. Damit ein Tiefstreustall gut funktioniert, muss täglich nachgestreut werden, das ohne die Unterstützung von Maschinen sehr arbeits- und zeitintensiv ist. Kurzentschlossen baute Walter Ibertsberger sein eigenes Einstreusystem. Jetzt erledigt ein gebrauchter Miststreuer die Arbeit. Er fährt auf Knopfdruck auf Schienen über der Tiefstreulauffläche von einem Ende zum anderen. Die Einstreu wird so effizient und ohne viel Arbeits- und Zeitaufwand gleichmäßig verteilt.

Den dritten Platz belegte Bio-Bauer Ewald Wurzinger aus Fehring (Stmk.). Der Landwirt hat mit "CheeseUS" ein ausgefallenes Vermarktungskonzept für seinen Bio-Käse gefunden. In Kooperation mit der Stadtpfarre Hartberg wurde neben der Kirche ein Käseladen eröffnet, wodurch es gelungen ist, eine neue Zielgruppe anzusprechen und für Bio zu begeistern. Inzwischen vermarkten auch andere Bio-Betriebe aus der Region ihren Käse im Hofladen der etwas anderen Art. Ein Teil des Erlöses geht an die Pfarre und wird vorerst für die Renovierung der Kirche verwendet.

Die drei Gewinner erhalten Preise im Wert von 600, 500 und 400 Euro, welche von Bio Austria, Sonnentor und der Österreichischen Hagelversicherung gesponsert wurden. Die Preise sowie die Gewinnertrophäe werden von Bio Austria-Obfrau Gertraud Grabmann möglichst zeitnah auf den jeweiligen Höfen übergeben.

An dem Bewerb konnten alle Bio-Bäuerinnen und -Bauern Österreichs teilnehmen. Eine Jury wählte aus den zahlreichen Einreichungen aus jeder Kategorie zwei Sieger aus. Diese schafften den Sprung ins Onlinevoting, wo die Reihung der Projekte erfolgte. Über 2.000 vergebene Stimmen zeugten vom großen Interesse am "Bio-Fuchs"-Wettbewerb beim Publikum, betont Bio Austria. (Schluss)

Kasachstan hat bis Ende 2021/22 über 4,2 Mio. t Weizen für Exporte

Umfangreiche Übergangsvorräte erwartet

Nur-Sultan, 26. Jänner 2022 (aiz.info). - Kasachstan kann in der zweiten Hälfte der Saison 2021/22 rund 4,25 Mio. t Weizen (einschließlich Mehl im Getreideäquivalent) exportieren, schätzt die nationale Getreideunion. Nach deren Rechnungen beliefen sich die gesamten Vorräte an dieser Getreideart im Land Anfang Jänner auf etwa 9,7 Mio. t. Diese Menge schließt 1,4 Mio. t Weizen ein, die angesichts der Trockenheit in den wichtigen inländischen Anbaugebieten beim Partnerland Russland "geborgen" waren; wie berichtet, sollten dadurch die von Kasachstan vereinbarten Exporte in die Drittländer gesichert werden. Den Binnenbedarf an Weizen bis Ende 2021/22 schätzt der Fachverband auf gut 3,9 Mio. t sowie die Übergangsvorräte zum Anfang der kommenden Saison auf rund 1,5 Mio. t, die damit am umfangreichsten seit vier Jahren ausfallen sollten. (Schluss) pom